

Kreisakteure wollen Allianz für Wohnen schaffen

Vertreter aus Verwaltung, Politik und Unternehmen unterzeichnen Kooperationserklärung

Von Felix Gräber



Die Teilnehmer und Unterzeichner der Erklärung für eine gemeinsame Allianz beim Wohngipfel des Landkreises Göttingen im historischen Rathaus Duderstadt. Foto: Gräber

Duderstadt. Unter dem Motto „Attraktives Wohnen und Leben im Landkreis Göttingen“ trafen sich Akteure aus Kommunalpolitik und Kreisverwaltung sowie Vertreter mehrerer gemeinwohlorientierter Betreuungs- und Wohnungseinrichtungen zum „Wohngipfel 2020“ des Landkreises Göttingen.

„Wir müssen dem Wohnungsbau auf die Sprünge helfen“, gab der gastgebende Bürgermeister von Duderstadt, Thorsten Feike (FDP), im Bürgersaal des historischen Rathauses in Duderstadt das Programm des Nachmittags vor. Zu diesem Ziel unterzeichneten die Anwesenden eine gemeinsame Erklärung, eine Allianz zur Förderung eines attraktiven Wohn- und Lebensumfeldes im Landkreis zu bilden.

Zu den Unterzeichnern gehört auch Kreisrat Marcel Riethig (SPD). „Wir müssen Oberzentrum und Umland als Gemeinschaft wahrnehmen“, wandte er sich an die Teilnehmer. Man stehe vor dem Problem, dass auch im Kreisgebiet bezahlbare Wohnungen fehlen, nicht nur in der Stadt Göttingen. Dabei wolle er das Thema Wohnen aus der sozialpolitischen Perspektive beleuchten.

Sozialer Wohnungsbau sei ein Kernthema der gegenwärtigen politischen Diskussion. Kirchturmdenken sei in diesem Zusammenhang nicht produktiv und zielführend, um die Attraktivität des Landkreises zu erhalten und zu fördern. „Wir sind hier in der Mitte Deutschlands, das müssen wir nutzen“, führte Riethig weiter aus. Die Region habe viel zu bieten. Er habe außerdem den Eindruck, „wir sollten mehr auf die positiven Dinge achten“, so der Kreisrat.

In der gemeinsamen Erklärung einigen sich die Unterzeichner auf folgende Eckpunkte: Man werde sich für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den Kommunen einsetzen und den sozialen Wohnungsbau im Bestand sowie durch Neubau fördern. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf barrierefreiem und barrierearmem Wohnen liegen. Mit Innenentwicklungsmaßnahmen sollen die Ortskerne erhalten und weiterentwickelt werden, auch das Wohnumfeld in der Region wolle man fördern.

Des Weiteren wollen die Unterzeichner mit einer gemeinsamen Immobilienstrategie den ländlichen Raum aufwerten und bei Berechtigten verstärkt für Inanspruchnahme von Wohngeld werben, um die Wohnungssituation auf dem Land zu verbessern. Ein gemeinsames professionelles Marketing ergänzt die übrigen Eckpunkte.

Landrat Bernhard Reuter (SPD) sagte, Wohnungsnot sei wieder in aller Munde. Er betonte, dass es einen Konflikt gebe zwischen den Zielen, einerseits bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und andererseits die steigenden Ansprüche an das Wohnen zu bedienen. Eigentlich, so der Landrat, sei Wohnen kein Kreisthema, die Erwartungen der Menschen richteten sich jedoch an alle politischen Akteure. Darum sehe man sich als Landkreis auch in der Verantwortung.

Die Wohnproblematik berühre zudem auch andere Bereiche. So sei auch die Wirtschaft betroffen, gerade in Bezug auf den Fachkräftemangel bilde das Wohnungsangebot und die allgemeine Attraktivität der Region einen wichtigen Standortfaktor. Das Thema Wohnen müsse man in diesen Kontext strategisch miteinbeziehen. „Wir brauchen Sie alle. Nur gemeinsam können wir es schaffen, Südniedersachsen und Göttingen zu einem noch attraktiveren Standort zu entwickeln.“ Dazu müsse man sich auch eingestehen, dass es noch viel zu tun gebe.

Dafür, was zu tun sei, gab Harald Dietzmann, Bürgermeister der Gemeinde Bad Grund, ein Beispiel:

Er stellte das Leader-Projekt „Innenentwicklung“ Bergstadt Bad Grund vor, das als Pilotprojekt unter dem Stichwort „Best Practice“ auch für andere Kommunen angelegt ist. Es gehe darum, in verschiedenen Bereichen bestehende Probleme zu identifizieren, Handlungsmodelle zu entwickeln und sich auf Veränderungsprozesse, etwa durch die demografische Entwicklung und ihre Folgen für die Ortschaft, einzustellen.

Das Projekt bedeute gleichzeitig für Bad Grund einen Aufmerksamkeitsgewinn, der zwiespältig sei. „Wir müssen die Hosen runterlassen, um an den Patienten heranzugehen.“ Die Herausforderungen, vor denen die Bergstadt Bad Grund wie auch andere ländliche Kommunen stehen, fasste Dietzmann zusammen. Er nannte etwa den Umgang der Kommunen mit leer stehenden Immobilien. Ziele seien auch, den Tourismus und das soziale Miteinander im Ort zu beleben sowie die Mobilität, die Nah- und Ärzteversorgung zu erhalten oder zu erweitern. „Wir wollen dafür sorgen, dass der Fokus zurecht auf uns liegt“, zeigte er sich zuversichtlich.

„Wenn man Innenentwicklung ernst nimmt, muss man das gemeinsam angehen“, teilte Kilian Bizer, Professor an der Universität Göttingen, seine Erfahrung mit Projekten aus den Landkreisen Nienburg/Weser und Gifhorn mit. Es gehe darum, mehr zu sein als nur eine „Beutegemeinschaft für Fördergelder“, und gemeinsam eine „gelebte Solidargemeinschaft für die Region“ zu bilden, so der Forscher. Dabei sei ein Wohngipfel als erster Schritt zu sehen, dem weitere folgen müssten.

In Workshops tauschten sich die Teilnehmer zudem über die Thesen der gemeinsamen Erklärung aus. Mit dabei waren mehrere Verwaltungschefs von Kommunen des Landkreises, wie Christopher Wagner aus Walkenried, Thomas Gans aus Bad Lauterberg, Lutz Peters aus Herzberg und Rolf Hellwig aus Hattorf. Zudem nahmen Vertreter verschiedener Einrichtungen teil, die die Allianz unterstützen, unter anderem von der Energieagentur Göttingen, dem Fachwerk-Fünf-Eck, der Freien Altenarbeit Göttingen, Senioren- und Pflegestützpunkt Göttingen/Osterode, AG Inklusion Bewegten, Kreiswohnbau Osterode am Harz/Göttingen. In den Gruppen wurde lebhaft und teils kontrovers diskutiert. Dabei hielten die Teilnehmer erste konkrete Maßnahmen fest, mit denen die Akteure die Eckpunkte der Erklärung künftig auszufüllen gedenken. „Ich liebe es, wenn ein Plan funktioniert“, resümierte Riethig.